Nummer 45 — 34. Jahrgang
Erscheint 6 mal wöchentlich mit der illustrierten Gratisbeilage „Der Feierabend" und mehreren Zeitbeilagen
Monatliche Bezugspreise:
Ausg. A mit Illu. Sonntagsblatt und Feierabend M. 2,70
Ausg. B. ohne Illu. Sonntagsblatt u. mit Feierabend M. 2,30
Ausg. C ohne Illu. Sonntagsblatt u. ohne Feierabend M. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabend- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

# Sächsische Volkszeitung

Ausgabe A—B und C
Freitag, den 22. Februar 1935
Verlagsort Dresden
Anzeigenpreise: die 1spaltige 22 mm breite Zeile 6 Pfg. — für Familienanzeigen und Stellengesuche 4 Pfg. — Für Platzvorschriften können wir keine Gewähr leisten

Redaktion: Dresden-A., Polierstr. 41, Fernr. 20711 u. 21013
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei u. Verlag Th. u. G. Winkel, Polierstr. 17, Fernr. 21013, Postscheck: Nr. 1005, Bank: Stadtbank Dresden Nr. 6707

Unabhängige Tageszeitung für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einstellender Betriebsstörungen hat der Bezieher oder Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränktem Umfange, verspätet oder nicht erscheint. — Erfüllungsort Dresden

# Englisch-franz. Fühlung mit Moskau

## Unterredung zwischen Laval und dem englischen Geschäftsträger über die weiteren Verhandlungsmöglichkeiten

## Zur Ueberreichung der sowjetrussischen Note

**Paris, 21. Febr.**

**Der englische Geschäftsträger Campbell hat Außenminister Laval am Mittwoch über die Stellungnahme seiner Regierung zur deutschen Antwort unterrichtet und sich mit ihm über den Fortgang des Meinungsaustausches unterhalten. Von der gesamten Presse wird der Beschluß des englischen Kabinetts (siehe Seite 3) als eine Bestätigung der englisch-französischen Verbundenheit und eine Bekräftigung der gemeinsamen Erklärung vom 3. Februar, die ein unmittelbares Ganzes sei, freudig begrüßt.**

**Nicht geringere Beachtung findet die Ueberreichung der sowjetrussischen Note, die von den Blättern als höchst wichtiger Beitrag zur Durchführung des Friedenswerkes auf der Grundlage der Londoner Erklärung bezeichnet wird. Nach allgemeiner Annahme werde England sich auf Sonderverhandlungen mit Deutschland erst einlassen, wenn Deutschland zu allen in der englisch-französischen Erklärung aufgeworfenen Fragen eindeutig Stellung genommen habe.**

Zur Ueberreichung der sowjetrussischen Note bemerkt der halbamtliche „Petit Parisien": Sowjetrußland tritt also seinerseits der in London eingeleiteten Sicherheitspolitik bei. Frankreich, England, Italien und Sowjetrußland, d. h. vier Großmächte, sind jetzt darüber einig, daß das Friedenswerk auf der Grundlage der Erklärung vom 3. Februar durchgeführt werden soll.

Die Außenpolitikerin des „Oeuvre", die nicht nur von einer „ausgezeichneten englisch-französischen Atmosphäre", sondern auch von englisch-sowjetrussischen Annäherungsbestrebungen spricht, scheint wegen der künftigen Einstellung Englands nicht ganz beruhigt zu sein. Man möge fragen, schreibt sie, wie England sich verhalten werde, wenn erst die Verhandlungen mit Deutschland beginnen, und auch für den Fall, daß Deutschland es ablehnen sollte, sich hinsichtlich aller Punkte zu binden. Entweder werde England an seinem gestrigen Beschluß festhalten, und in diesem Falle würde die Lage für Deutschland ernst werden, oder England werde versuchen, Frankreich für eine andere Formel zu gewinnen als die des gegenseitigen Beistandes, was beispielsweise den Nordostpakt anlange. Indessen spreche alles dafür, daß England gemäß der ersten Hypothese handeln werde.

*

**London, 21. Febr.**

„Times" zufolge stellen die russischen Mitteilungen an London und Paris eine Antwort auf die Erklärungen dar, die die Botschafter Englands und Frankreichs in Moskau dem Sowjetkommissar des Aeußeren übergeben haben. Diese Erklärungen hatten eine Erläuterung der Londoner Vorschläge und die Aufforderung enthalten, daß die Sowjetregierung ihre Ansicht dazu äußern möge. Der Pariser Botschafter scheint sie an die französische Regierung schon übergeben zu haben. Ob die Ueberreichung in London bereits erfolgt ist, steht noch nicht fest. In einer in später Abendstunde ausgegebenen Reutermeldung aus Moskau wird aber der Inhalt der sowjetrussischen Mitteilungen, die gleichlautend sein sollen, berichtet.

„Daily Telegraph" stellt in einem Leitaufsatz die gewagte Behauptung auf, die Moskauer Aeußerung gebe den Sicherheitsbesprechungen in Westeuropa einen neuen Antrieb. Im einzelnen wird dazu ausgeführt, Rußland stehe im Fernen Osten einer schwierigen Lage gegenüber und erkenne die Gefahren einer „Einkreisung" ebenso deutlich wie Deutschland, das in dem Ostpakt ein verschleiertes französisch-sowjetrussisches Bündnis erblicke. Nach russischer Ansicht biete der Ostpakt die einzige andere Möglichkeit, die es neben einem solchen gefährlichen Bündnis gebe. Nach einem Versuch zu zeigen, daß Deutschland an allen vorgeschlagenen Pakten beteiligt sein müsse, stellt das Blatt dann selbst fest, es sei nicht unnatürlich, wenn man in Berlin angesichts dieser Projekte an ein besonders fein angelegtes diplomatisches Intriguenspiel glaube. Anscheinend sei aber Deutschland bereits davon überzeugt, daß Großbritanniens Bemühungen aufrichtig auf Sicherheit in Europa und nicht nur Sicherheit für eine bestimmte Gruppe gerichtet seien. Ein Berliner Besuch eines britischen Ministers könnte vielleicht dazu führen, daß in Deutschland die guten Dienste und guten Absichten Großbritanniens Anerkennung finden würden. Eine Fortsetzung der Reise nach dem Osten werde vielleicht die Kluft des Mißverständnisses überbrücken, die Deutschland und Sowjetrußland trenne und auf die in der sowjetrussischen Aeußerung in kühner, aber versöhnlicher Weise hingewiesen werde.

## Rasse, Mythus und Christentum

Der stellvertretende Gauleiter Württembergs, Friedrich Schmidt, machte dieser Tage auf einer Schlußkundgebung der württembergischen Verwaltungsakademie in Horb Ausführungen über die politische Lage. Der nationalsozialistische Staat, so hob Schmidt nach einem Bericht des „Berliner Tageblattes" hervor sei bereit, das Vorhandensein beider Konfessionen anzuerkennen. Wer indessen Volk und Rasse leugne, der leugne Schöpfungswerte Gottes. Dienst am Volk sei Gottesdienst und kein Heidentum. Der „Mythos des 20. Jahrhunderts" sei, so fuhr der Redner fort, die persönliche Weltanschauung und Geschichtsauffassung Alfred Rosenbergs und gelte heute noch als solche. Wenn Rosenberg religiöse Urteile fälle, so fälle er sie als einzelner Mensch mit seinen eigenen philosophischen u. sonstigen Auffassungen. Aber eines stehe fest: „Die Darlegungen Rosenbergs in seinem „Mythos" zu den Begriffen Blut und Rasse sind Gemeingut der nationalsozialistischen Bewegung. Und wer das angreift, der greift den Nationalsozialismus und Adolf Hitler an." Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß einmal eine Zeit komme, wo man die Anschauung von Blut und Rasse als durchaus vereinbar mit der christlichen Glaubenshaltung erkläre.

*

Aus diesen Ausführungen des stellvertretenden Gauleiters könnte vielleicht der Eindruck entstehen, als ob auf katholischer Seite die Werte des Volkstums und der Rasse nicht die gebührende Anerkennung fänden. Das wäre durchaus irrig. Die Kirche hat niemals den Wert des Volkstums und auch nicht den Wert der rassischen Gesundheit und Reinheit eines Volkes geleugnet. Wir verweisen beispielsweise auf die in dieser Beziehung wirklich programmatische Rede des Bischofs Staatsrat Dr. Berning von Osnabrück in der Technischen Hochschule Hannover und weiter auf die jüngsten Vorträge des weit über die deutschen Grenzen hinaus geschätzten Eugenikers Professor Hermann Muckermann im katholischen deutschen Lesevereinin Rom. In dem Bericht unseres römischen Vertreters, den wir am letzten Dienstag veröffentlicht haben, stehen die klaren und nicht mißzuverstehenden Sätze: „Soll die ureigene Kultur eines Volkes erhalten und gestaltet werden, muß auch die rassenmäßige Zusammensetzung „heimrassig" (im Anschluß an das Wort „Heimat" gebildet) bleiben und darum „Fremdrassiges" ohne Verkennung seines inneren Wertes grundsätzlich im biologischen Werden des Volkes selbst ausgeschaltet bleiben. Praktisch bedeutet dies das Festhalten an der heimrassigen Eheschließung, wobei das Wort „heimrassig" alle Rassen einschließt, die durch die Mischung in ureigener Umwelt die ureigene Kulturgestaltung eines Volkes hervorgerufen haben." Was die Kirche ablehnt, ist allein die Ueberspitzung eines an sich gesunden Prinzips, ist die Auffassung, als wenn Blut und Rasse die einzigen Faktoren seien, auf denen sich gesundes Volkstum aufbaue. Ueberaus bemerkenswert an der Rede des stellvertretenden Gauleiters ist aber vor allen Dingen — und man kann darauf nicht deutlich genug hinweisen — die Tatsache, daß hier von einer Parteistelle aus festgestellt wird, daß die Urteile Rosenbergs über religiöse Fragen Privatmeinung sind. Wünschenswert wäre allerdings, daß hieraus auch in erzieherischer Hinsicht überall die Konsequenzen gezogen würden.

*

Zum Thema Religion und Rassenpolitik hat soeben auch der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Dr. Walter Groß in der „DAZ" Stellung genommen. Groß wies in der Unterredung darauf hin, daß die Rassenpolitiker heute einen „geistigen Gewaltmarsch" antreten müßten, da die Vorstellungswelt der Oeffentlichkeit in allen erbbiologischen und rassenkundlichen Fragen hinter den wissenschaftlichen Ergebnissen um zwanzig Jahre zurückgeblieben sei. Dabei seien Entgleisungen selbstverständlich und müßten eingedämmt werden. Das Rassenpolitische Amt sei zu einer Umschlagstelle zwischen der Welt der biologischen Wissenschaft und der Tagespolitik geworden. Das Bewußtsein von der überwiegenden Bedeutung der erblichen Anlagen müsse der gesamten Nation eingeimpft werden. Groß fährt dann fort: „Umwelteinflüsse können stets nur fördern oder hemmen; aber was sie angreifen, ist ein für allemal erblich festgelegt . . . Bei unserer Denkungsweise ist das Endergebnis, daß der Mensch seine Erbbedingtheit erkennt; damit muß er den

## 18 Kommunisten vor dem Volksgericht

### Die Bürgerkriegsvorbereitungen der „Roten Wehr" in Ostsachsen

**Berlin, 21. Febr.**

**Der Erste Senat des Volksgerichtshofes trat heute in die Verhandlung gegen 18 ehemalige Kommunisten aus Schneeberg und Zschorlau, südöstlich von Zwickau, ein, denen Vorbereitung zum Hochverrat, Fortführung der illegalen „Roten Wehr", Sprengstoffverbrechen, teilweise auch vorsätzliche Brandstiftung bezw. Anstiftung hierzu und Schußwaffenvergehen zur Last gelegt wird.**

Die Kerntruppe der Roten Wehr war in der sogenannten Oma (Organisationsschutz und Nachrichtenabteilung) zusammengefaßt, die nach ihrem Aufgabenkreis (Nachrichten- und Säuberungsdienst, Führerschutz) mit der sowjetrussischen GPU. vergleichbar war. Sie war besonders interessiert an der Beschaffung von Waffen und Sprengstoffen zur Durchführung von Terrorakten, die vor allem für die Zeit kurz vor der Wahl vom 5. 3. 1933 geplant waren. So wollte man Handgranaten in die aus Anlaß der Uebertragung der Führerrede auf den Marktplatz in Schneeberg aufmarschierenden Mitglieder der nationalen Verbände hineinschleudern. Es waren auch bereits drei Kommunisten ausgesucht worden, die mit den selbstangefertigten Handgranaten ausgerüstet wurden, weitere wurden mit Pistolen bewaffnet und sollten die Handgranatenwerfer decken. Zum Glück fehlte den Beteiligten im entscheidenden Augenblick aber der Mut zur Ausführung der Tat, so daß es zum Blutvergießen nicht gekommen ist. Der Tatendrang wurde in einer Brandstiftung abreagiert. Eine Scheune ging in Flammen auf, worauf die feigen Brandstifter flüchteten. Die Verhandlung wird voraussichtlich zwei bis drei Tage dauern.

### Der Herzog von Koburg berichtet Hitler

**Berlin, 21. Febr.** Der Reichskommissar für die freiwillige Krankenpflege, Herzog von Koburg, erstattete am Mittwoch dem Führer und Reichskanzler eingehend Bericht über seine Reise als Repräsentant des Deutschen Reiches zur 15. Internationalen Rothkreuz-Konferenz in Tokio.

### Gefängnis- und Geldstrafen im kleinen Rundfunk-Prozeß

**Berlin, 21. Febr.**

In dem seit dem 22. November vorigen Jahres vor der 6. Großen Hilfsstrafkammer laufenden sogenannten Knöpfkeprozeß fällte das Gericht am Donnerstag das Urteil.

**Wegen Betruges und Steuerhinterziehung wurde der Angeklagte Jennewein zu anderthalb Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und 105 000 Mark Geldstrafe verurteilt.**

**Die Angeklagten Dr. Max Radziejewski und Dr. Hans Wedekind erhielten wegen Vergehens gegen das Wettbewerbsgesetz je 25 000 Mark Geldstrafe.**

**Eingestellt wurde das Verfahren gegen die Angeklagten Heinrich Dünnemann und Lapaczewski.**

**Die Angeklagten Rudolf Heetfeld, Richard Strempel und Frau Radziejewski wurden freigesprochen.**

In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, daß dieser Prozeß durch den Selbstmord des ehemals mitbeschuldigten Direktors der „Funkstunde" Berlin, Georg Knöpfke, von dem großen Rundfunkprozeß völlig gelöst worden sei. Dieser Prozeß habe sich nicht mit den Zuständen im Rundfunk, sondern lediglich mit dem Geschäftsgebaren der Drucksfirma J. S. Preuß zu befassen gehabt.

### Einheitliche Verkäuferinnenprüfung

**Berlin, 21. Febr.** Der Reichsstand des deutschen Handwerks hat an die Handwerks- und Gewerbekammern ein Rundschreiben über eine einheitliche Regelung der Verkäuferinnenprüfungen ergehen lassen. In den Verordnungen über den vorläufigen Aufbau des Handwerks ist den Innungen u. a. die Aufgabe zugewiesen, Prüfungen einzurichten und abzunehmen für die Verkäuferinnen, die in den Ladengeschäften des Handwerks tätig sind. Der Reichsstand erklärt sich bereit, falls entsprechende Wünsche bestehen, Rahmenrichtlinien für die Durchführung dieser Prüfungen aufzustellen.